

Wirtschaftsumfeld | USA | Außenhandel

US-Handelspolitik setzt auf Verbündete

Die Regierung Biden-Harris gestaltet die US-Handelspolitik neu. Protektionistische Hürden werden abgebaut, aber nicht vollständig abgebaut.

10.03.2021

Von Ullrich Umann | Washington, D.C.

- ▶ [China bleibt Rivale, ist nun aber auch Partner](#)
- ▶ [Arbeitnehmerrechte und Umwelt ziehen in die Handelspolitik ein](#)
- ▶ [Ausgestaltung von Handelsverträgen geht vor Neuverhandlung](#)
- ▶ [Erste Erleichterungen für die deutsche Exportwirtschaft](#)

Westliche Industriestaaten, darunter Kanada, die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU), weiterhin Großbritannien, Japan, Südkorea und Australien sollen in ihrem handelspolitischen Stellenwert erneut als Verbündete und nicht mehr als Konkurrenten behandelt werden. Mit dem gegenseitigen Verzicht der USA und der EU auf Strafzölle im Rahmen des WTO-Streits um die beiden Flugzeugbauer Boeing und Airbus wurde am 5. März 2021 ein erster glaubhafter Schritt in diese Richtung getan.

Innerhalb der Gruppe der verbündeten Länder sollen Grundlagen für ein abgestimmtes Vorgehen gelegt werden, etwa in Fragen des Chinahandels oder auch der Einrichtung krisenbeständiger Lieferketten, insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen wie Pharmazeutika und Medizintechnik, Halbleiter, 5G-Netzausrüstungen oder auch Anwendungen der künstlichen Intelligenz.

China bleibt Rivale, ist nun aber auch Partner

Was die Beziehungen zu China anbelangt, stuft die US-Regierung das Reich der Mitte wie gehabt als größten Widersacher, nun aber auch als Handelspartner und wichtigen Mitspieler auf internationalem Parkett ein. Die Volksrepublik sei zur Lösung verschiedener globaler Herausforderungen, etwa des Klimawandels, unerlässlich. Dies unterstrich die designierte Handelsbeauftragte des Präsidenten, Katherine Tai, bei einer Anhörung vor dem Finanzausschuss des US-Senats.

Im Gegensatz zu den Außenbeziehungen haben sich die Grundwerte und Zielrichtungen der [US-Handelspolitik](#) jedoch nicht verändert. Weiterhin gehört der Abbau des Handelsdefizits dazu, aber auch die Sicherung der Spitzenposition der US-Industrie im Bereich der Hochtechnologien sowie die Durchsetzung möglichst vieler industrie-, energie- und finanzpolitischer sowie außenwirtschaftlicher Interessen des Landes.

Arbeitnehmerrechte und Umwelt ziehen in die Handelspolitik ein

Zum Wertekanon gehören ein freier und regelbasierter Welthandel, darunter die Unterbindung von Preisdumping durch ausländische Wettbewerber, die Unantastbarkeit intellektuellen Eigentums oder auch die Abschaffung des Joint-Venture-Zwangs bei Direktinvestitionen, etwa in China.

Die USA haben ihre Handelspolitik zudem schon 2020 mit neuen Kriterien angereichert, nicht zuletzt auf Betreiben der Demokraten im Kongress. So flossen die Forderung nach Mindestlöhnen, Gewerkschaftsfreiheit sowie Tarifautonomie und darüber hinaus nach umweltpolitischen Mindeststandards in das neu ausgehandelte nordamerikanische Handelsabkommen [USMCA](#) ein.

US-HANDELSPOLITIK SETZT AUF VERBÜNDETE

Die neue US-Regierung hat den Umwelt- und Klimaschutz nun auch auf die Bundesebene hochgezogen. Um die Ernsthaftigkeit dieses Richtungswechsels nicht nur nach innen, sondern auch nach außen zu unterstreichen, wurde eigens das Amt des Sonderbeauftragten des Präsidenten für Klimafragen eingerichtet und mit John Kerry, dem international gut vernetzten Ex-Außenminister besetzt.

Ausgestaltung von Handelsverträgen geht vor Neuverhandlung

Die Regierung Biden-Harris möchte die Qualität aller bestehenden Handelsabkommen optimieren. In diesem Zusammenhang legt sie großen Wert auf die akribische Einhaltung aller aus den Verträgen hervorgehenden Verpflichtungen. Werden Verstöße durch eine Vertragspartei festgestellt, sollen diese über die gängigen internationalen Beilegungsmechanismen geahndet werden. Eine Bestrafung, etwa durch das Verhängen von Quoten, Zusatzzöllen oder gar Sanktionen, gilt im Unterschied zur Vorgängerregierung lediglich als Ultima Ratio.

Das Aushandeln neuer Handelsabkommen hat im 1. Halbjahr 2021 keine Priorität. Vorrang haben die Pandemieeindämmung sowie die Überwindung der Wirtschaftskrise, insbesondere der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Doch werden die laufenden Verhandlungen mit Großbritannien und Kenia über Freihandelsverträge nicht unterbrochen. Mit einem schnellen Abschluss ist jedoch nicht zu rechnen.

Erste Erleichterungen für die deutsche Exportwirtschaft

Die deutsche Exportwirtschaft hat mit der [vorübergehenden Beilegung des Boeing-Airbus-Streits](#) zwischen den USA und der EU eine erste Erleichterung für ihren Marktzugang erfahren. Bei den Zusatzzöllen auf deutsche Lieferungen von Eisen, Stahl und Aluminium ist dagegen kein Fortschritt zu erkennen, zumal es sich für die US-Regierung auch um eine innenpolitische Fragestellung handelt. So treten [für die Beibehaltung](#) dieser protektionistischen Maßnahme inländische Stahl- und Aluminiumhersteller ein und werden dabei von den Republikanern in beiden Häusern des US-Kongresses und den Gewerkschaften politisch flankiert.

Auch hat Joe Biden die nationalen Lieferklauseln bei Bundesausschreibungen [per Präsidialverordnung](#) sogar noch einmal verschärft, indem er die Liste möglicher Ausnahmegenehmigungen kürzen ließ. Somit kommen deutsche Produkte bei Beschaffungen auf Bundesebene nur zum Zuge, wenn sie ausgeprägte Alleinstellungsmerkmale oder einen hohen Anteil an lokaler Wertschöpfung aufweisen. Letztes bedingt eine Produktion, Montage oder Veredelung in den USA.

Weitere Berichte zur Handelspolitik in ausgewählten Exportmärkten finden Sie auf unserer [Überblicksseite](#).

Mehr zu:

USA

Außenhandel, Struktur / Zolltarif, Einfuhrzoll / Antidumping, Antisubvention / Freihandelsabkommen (Warenursprung, Präferenzen)

Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Robert Matschoß

Wirtschaftsexperte

 +49 228 24 993 244

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.